

# So lange wie möglich selbstständig bleiben

Interessanter Vortrag von Vizepräsidentin des VdK Deutschland Carin E. Hinsinger zum Thema Demenz

Trotz sommerlich heißer Temperaturen und einem Fußball-Highlight kamen im Frühsommer rund 100 interessierte Menschen ins Bemflinger Dorfgemeinschaftshaus, wo der Kreisverband Nürtingen und der Ortsverband Bemflingen-Neckartenzlingen die Bürger zu einem weiteren hochinteressanten Informationsabend eingeladen hatten.

Zu den Zuhörern gehörte auch der Bemflinger Bürgermeister Bernd Weiser. Schließlich war es dem Kreis- und Ortsverbandsvorsitzenden Klaus Maschek gelungen, die Vizepräsidentin des VdK Deutschland und baden-württembergische Landesfrauenvorsitzende Carin E. Hinsinger für den Hauptvortrag zu verpflichten.

Zunächst wies Vorsitzender Maschek darauf hin, dass sich der Sozialverband VdK für eine gerechte und sozial ausgewogene Politik einsetzt. Dabei seien für den VdK, so Maschek, auch die Themen Demenz, Pflege und menschenwürdige Pflege, verbunden mit Lebensqualität, sowie die Thematik selbstbestimmtes Leben von größerer Wichtigkeit.

Das immer mehr Menschen bewegende Thema Demenz war Gegenstand des Hinsinger-Vortrags. Die frühere Leiterin eines großen Stuttgarter Alten- und Pflegeheims wies unter anderem darauf hin, dass die häufigste Form der Demenzerkrankungen die Alzheimer-Demenz ist.



**VdK-Vizepräsidentin Carin E. Hinsinger bei ihrem interessanten und kurzweiligen Vortrag in Bemflingen.**

In ihrem sehr ausführlichen Referat beschrieb Carin E. Hinsinger, wie bei dieser schweren Krankheit in bestimmten Bereichen des Gehirns durch Störungen des Gleichgewichts des Botenstoffs Glutamat Nervenzellen zerstört würden. Man spreche dabei auch von einer neurodegenerativen Demenz. Daneben gebe es, so Hinsinger, auch noch andere Formen von Demenz, beispielsweise möglich nach Schlaganfällen.

Wichtig sei, den Patienten mit allen seinen Schwächen und dazu kommenden Gebrechen anzunehmen und so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu vermitteln, hob die Landesfrauenvorsitzende hervor. Auffälligkeiten bei den Betroffenen seien beispielsweise eine Störung der Sprache, die beeinträchtigte Fähigkeit motorische Aktivitäten auszuführen oder auch die Unfähigkeit, Gegenstände zu

identifizieren beziehungsweise wiederzuerkennen.

Dabei sei es wichtig zu wissen, dass nicht alle vermeintlichen Anzeichen auch tatsächlich auf eine Alzheimer-Erkrankung hinweisen. Hier könnten ganz andere Fakten eine Rolle spielen, gab Hinsinger zu bedenken.

Die VdK-Vizepräsidentin verwies auf die Neuerungen des am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Pflegeleistungsgesetzes. Diese sogenannte erste Stufe der Pflegerreform sieht für Demenzzranke weitere Leistungsverbesserungen wie beispielsweise einen Anspruch auf Tages- oder Nachtpflege sowie Kurzzeitpflege auch für Demenzzranke der Pflegestufe null vor. (Die VdK-ZEITUNG berichtete mehrfach.)

Carin E. Hinsinger sprach von einer deutlichen Leistungserweiterung der Pflegeversicherung für demenziell Erkrankte durch das

erste Pflegeleistungs-gesetz. Sie verwies auch auf den Zuschlag von 205 Euro monatlich für ambulant betreute Wohngruppen, den demenzzranke Menschen, die nicht auf körperliche Pflege angewiesen sind (Stufe 0), erhalten können, wenn sie in eine Pflegeeinrichtung umziehen. Damit sei, so Hinsinger, der Zugang zu allen Leistungen im ambulanten Bereich gewährt.

## **Pflegebedürftigkeitsbegriff bislang nicht zeitgemäß**

Gleichwohl brauche es den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit seinen fünf Pflegegraden statt bisher drei Pflegestufen, damit endlich die kognitiven Erkrankungen erfasst würden und eine umfassende Gleichstellung der Demenzzranken in der Pflegeversicherung erfolgen könne. Die Vizepräsidentin versicherte den Zuhörern, dass sich der Sozialverband VdK weiter für die Einführung dieses neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die zweite Stufe der Pflegerreform einsetzen werde.

(Anmerkung der Redaktion: Im August 2015 billigte das Bundeskabinett das zweite Pflegeleistungs-gesetz, was der Sozialverband VdK auch als Erfolg seines jahrelangen Einsatzes sieht. Jetzt geht es für den größten Sozialverband in Bund und Land darum, weitere Verbesserungen, beispielsweise im Bereich der Finanzierung oder auch beim Problem des personellen Pflege-notstands zu erwirken.)